

Bericht und Antrag

**des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen
(14. Ausschuß)**

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 20. Oktober 1972 über die
internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See
— Drucksache 7/4806 —**

A. Problem

International einheitliche Verkehrsvorschriften für den Schiffsverkehr auf Hoher See sind erforderlich, um Zusammenstöße zu vermeiden.

B. Lösung

Auf der Internationalen Konferenz der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschifffahrts-Organisation (IMCO) im Jahre 1972 wurde ein Übereinkommen über solche Verkehrsregeln beschlossen, dem jetzt zugestimmt werden soll.

Einmütige Billigung im Ausschuß

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

entfallen

A. Bericht des Abgeordneten Dreyer

Die in Drucksache 7/4806 enthaltene Vorlage wurde in der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. März 1976 dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zur Beratung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 7. April 1976 behandelt.

Um Schiffszusammenstöße auf Hoher See zu vermeiden, ist es notwendig, international einheitliche Verkehrsregeln für den Seeverkehr zu schaffen. Gegenwärtig gelten noch die internationalen Regeln zur Verhinderung von Zusammenstößen auf See von 1960, die Bestandteil des Internationalen Schiffsicherheitsvertrages aus dem gleichen Jahre sind.

Entsprechend den bisherigen praktischen Erfahrungen wurden diese Regeln auf der Internationalen Konferenz der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation, einer Sonderorganisation der UNO, im Jahre 1972 in London überarbeitet und in einer Neufassung zur Ratifizierung aufgelegt. An wesentlichen Neuregelungen sind zu erwähnen: Ausweichverhalten für tiefgehende Schiffe, Verwertung von Radarinformationen, Fortschreibung der Bestimmungen über Lichter und Signalkörper sowie Einführung besonderer Signale für Bagger-Schiffe.

Der Verkehrsausschuß hat keine Bedenken gegen den Inhalt des Übereinkommens und empfiehlt daher die Zustimmung.

Bonn, den 7. April 1976

Dreyer

Berichterstatler

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 7/4806 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 7. April 1976

Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Börner

Dreyer

Vorsitzender

Berichterstatler